

Ungarns Atomkraftwerk Paks: Risiken für Donau und Umwelt im Fokus!

GLOBAL 2000 beantragt die Wiedereröffnung des UVP-Verfahrens für KKW Paks II in Ungarn, um Umweltrisiken zu adressieren.

Paks, Ungarn - In einem drängenden Appell hat die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 die ungarischen Behörden aufgefordert, das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren (UVP) für das Kernkraftwerk Paks II erneut zu eröffnen. Die Entscheidung folgt der alarmierenden Erwärmung der Donau, die durch die bestehenden Reaktoren von Paks I gefährdet wird. „Die Temperatur der Donau nähert sich bereits Temperaturen von Thermalwasser. Eine Inbetriebnahme von Paks II würde die Situation katastrophal verschärfen“, warnte Patricia Lorenz, die Anti-Atomsprecherin von GLOBAL 2000. Diese Vorwürfe werfen ein Licht auf die Sorge um die Lebensräume in der Region, da die ungarische Regierung bereits eine neue Verordnung zur unbegrenzten Wassererwärmung erließ, um die Leistung der Reaktoren auf Maximum zu halten. Sollte der Antrag auf Widerruf der UVP abgelehnt werden, könnten rechtliche Schritte folgen, da Österreich sich an der grenzüberschreitenden UVP beteiligt hat, wie bmk.gv.at berichtet.

Reaktoren am Limit

Das Kernkraftwerk Paks umfasst derzeit vier Blöcke des Reaktortyps WWER-440/213, deren ursprüngliche Betriebsbewilligungen vor über 30 Jahren erteilt wurden. Eine zweite Lebensdauererweiterung für diese Reaktoren ist bereits

angedacht, trotz der Bedenken über deren Sicherheitsstandards. Diese Reaktoren stellen ein erhöhtes Risiko dar, da sie bereits am Ende ihrer Lebensdauer sind, warnt GLOBAL 2000 weiter. Die geplante Erweiterung durch zwei neue Reaktoren, Paks II, stößt international auf Widerstand. Trotz dieser Kritik hat die ungarische Regierung konkrete Schritte unternommen, um den Bau der neuen Blöcke voranzutreiben, einschließlich der Erteilung von Baugenehmigungen im Jahr 2022 und 2023. Das Projekt steht nicht nur im Mittelpunkt eines Stresses bezüglich der nuklearen Sicherheit, sondern auch hinsichtlich der rechtlichen Probleme im europäischen Raum, da Österreich Bedenken über mögliche illegale Beihilfen äußert, wie in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission deutlich wurde, wie bereits im Detail auf oekonews.at berichtet.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Paks, Ungarn
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www2.oekonews.at• www.bmk.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at